

Eine sozialchauvinistische Aufgabenstellung: Der "Kampf für die Souveränität des deutschen Volkes"

Eine wesentliche Frage in der Auseinandersetzung mit den sozialchauvinistischen Positionen von KPD(RF), KPD/ML usw. war der sog. "Kampf für nationale Unabhängigkeit". Da die Linie des WBK während dieser Phase noch nicht grundsätzlich mit dem revisionistischen Drei-Welten-Schema gebrochen hatte, war auch unsere Position in dieser Frage zwiespältig, wie in der "Selbstkritik" von 1982 festgehalten:

"Wenn wir in den vorangegangenen Abschnitten (der Selbstkritik, AdR) auch zu recht betont haben, daß der 'Westberliner Kommunist' Nr. 1 jegliches Bündnis mit der 'eigenen' imperialistischen Bourgeoisie und die Unterstützung ihres Staatsapparates abgelehnt hat, so muß hier gesehen werden, daß wir eine Position vertreten haben, die der sozialchauvinistischen Vorstellung von der 'Verteidigung der Unabhängigkeit der Staaten der Zweiten Welt' gegen die 'Supermächte' nicht nur nicht widerspricht, sondern damit durchaus vereinbar ist. Wir haben die konterrevolutionären politischen Schlußfolgerungen solcher Konzepte abgelehnt, ohne mit dem zugrunde liegenden ideologischen Rahmenwerk zu brechen." (WBK Nr. 26, S. 24)

In diesem Zusammenhang wird in der "Selbstkritik" darauf verwiesen, daß im Vorwort zur WBK Nr. 2 (einer Zusammenstellung von Dokumenten zur Deutschland- und Westberlinfrage) einige krass falsche Positionen zu diesem Thema zu finden sind:

"Wir gehen in dieser Selbstkritik nicht näher unter diesem Gesichtspunkt auf die Deutschland- und Westberlinfrage ein. Es kann allerdings festgestellt werden, daß sich insbesondere im Vorwort zum 'Westberliner Kommunist' Nr. 2 dazu einige krass falsche Positionen finden, wenn es z.B. heißt, daß die Deutschland- und Westberlinfrage 'im Interesse ... der europäischen Sicherheit' gelöst werden müsse. (Siehe WBK Nr. 2, Vorwort S. III) Jedoch erscheint uns ein genaueres Eingehen auf diese oder ähnliche Äußerungen nur sinnvoll, wenn die Probleme einer korrekten Lösung der Deutschland- und Westberlinfrage in ihren Grundzügen geklärt sind." (Ebenda, S. 25)

Da wir in der letzten grundsätzlichen Stellungnahme des WBK zu den besonderen Fragen der Revolution in Westberlin, der WBK Nr. 39 vom Dezember 1990, nicht auf das Vorwort zur WBK Nr. 2 zurückgekommen sind - was durchaus ein Versäumnis darstellt -, haben wir dies hier nachzuholen.

Insbesondere die folgende Passage - neben der oben bereits zitierten Einlassung auf angeblich zu berücksichtigende Belange der "europäischen Sicherheit", was eine gänzlich unkritische Übernahme des revisionistischen Jargons der Drei-Welten-Theorie darstellt - ist als "krass falsche" Position zu kritisieren:

"Tatsächlich ist heute der Kampf um einen Friedensvertrag mit Deutschland nicht nur durch den Kampf zur Wahrung der Interessen und gerechten Interessen der anderen Völker geprägt. Er war, seitdem der US-Imperialismus das Potsdamer Abkommen zerriß und in Westdeutschland und Westberlin sein Besatzerregime errichtete, zugleich ein Kampf für die Souveränität des deutschen Volkes. Diese Seite des Kampfes um den Friedensvertrag und die richtige Lösung der Deutschland- und Westberlinfrage ist durch die Entwicklung des sowjetischen Sozialimperialismus, dadurch, daß er die DDR in sein Militärgouvernement verwandelte, verstärkt in den Vordergrund gerückt worden.

Trotzdem kann auch heute die Souveränität des deutschen Volkes nur richtig erkämpft und verteidigt werden, wenn sie sich weder gegen die Interessen der anderen europäischen Völker richtet, noch wenn sie diese auch nur außer Acht läßt.

Nur wenn der Kampf für die Wahrung der Interessen aller europäischen Völker und insbesondere derer, die vom Hitlerfaschismus überfallen wurden, die Grundlage bildet, kann der Kampf für die Lösung der Deutschland- und Westberlinfrage und in diesem Rahmen auch der Kampf

für die friedliche, nichtrevanchistische Wiedervereinigung richtig geführt werden!" (WBK Nr. 2, Vorwort S.III a)

Nehmen wir zunächst die Darstellung der Lage, von der hier ausgegangen wird.

Der erste ins Auge springende Fehler ist die einseitige Ausrichtung der Aufmerksamkeit auf die Rolle des US-Imperialismus bei der Sabotage des Potsdamer Abkommens. Abgesehen davon, daß auch die französischen und englischen Imperialisten daran ihren Anteil hatten, hätte hier doch vor allem die Rolle des westdeutschen Imperialismus selbst als Nutznießer entlarvt und seine revanchistischen Ziele aufgedeckt werden müssen.

Durch die Charakterisierung "Besatzerregime des US-Imperialismus" wird von den Anstrengungen der westdeutschen Imperialisten abgelenkt, wieder einen eigenständigen Weg der Entwicklung einzuschlagen. Wesentlich war doch, daß der westdeutsche Imperialismus schon mit der Gründung der BRD einen wichtigen Schritt nach vorn auf seinem Weg zur Wiedererlangung alter Macht und Stärke gemacht hatte, auch wenn sein Handlungsspielraum - nicht zuletzt durch Vorbehalte der westlichen Siegermächte noch stark eingeschränkt war.

Vor einer Unterschätzung des westdeutschen Imperialismus hatte Stalin 1952 bereits eindringlich gewarnt. Die sog. Pariser Verträge, mit denen 1954 nur zwei Jahre später der Grundstein zum Aufbau der Bundeswehr gelegt und damit ein wesentliches Element der "Souveränität" der westdeutschen Imperialisten wiederhergestellt wurde, bestätigten dies.

Westdeutschland als ein "besetztes Land" unter dem "Besatzerregime des US-Imperialismus" hinzustellen, war typisch für die nationalistische Linie der SED der 50er Jahre, welche wir uns hier - einschließlich des Vokabulars - zu eigen gemacht haben.

Doch damit nicht genug - durch die Verbindung des "Kampfes um einen Friedensvertrag (heute)" mit der Charakterisierung "Besatzerregime des US-Imperialismus" wird nahegelegt, daß zumindest wesentliche Elemente dieser Charakterisierung auch in den 70er Jahren noch gültig seien.

Somit wurde der Unterschied zwischen dem Westdeutschland der 50er Jahre und dem Westdeutschland der 70er Jahre - den wir im übrigen immer gegenüber der KPD/ML etc. betont haben - verwischt.

War die Beschreibung der Lage schon falsch, die ideologische Ausrichtung faktisch eine Ablenkung von der Rolle der 'eigenen' Imperialisten, waren die damit von uns verknüpften Schlußfolgerungen verheerend. Zentral ist hier die von uns im Zusammenhang mit der berechtigten Forderung nach einem Friedensvertrag behauptete Notwendigkeit eines Kampfes für die "Souveränität des deutschen Volkes".

Was ist darunter zu verstehen? Die herrschende Propaganda der westdeutschen Imperialisten jedenfalls verstand darunter die "Wiedervereinigung", sprich Einverleibung der DDR (und Westberlins) unter ihrer Federführung, "freie Wahlen in ganz Deutschland", Beseitigung der aus der Niederlage des deutschen Faschismus resultierenden Einschränkungen ihrer "Souveränität" als imperialistische Großmacht, also die Durchsetzung entscheidender revanchistischer Programmpunkte.

Dennoch machte sich der WBK mehr oder weniger bedenkenlos - und ohne sich von ihrem Gebrauch in der imperialistischen Propaganda hier ausdrücklich abzugrenzen - die Losung von der "Souveränität des deutschen Volkes" zu eigen.

Damit setzte der WBK Nr. 2 faktisch einen Kampf für die Herstellung der staatlichen Souveränität Deutschlands auf die Tagesordnung und wurde die Frage, welche Aufgaben sich aus der Mißachtung des Potsdamer Abkommens und aus der Verweigerung eines Friedensvertrages durch den westdeutschen Imperialismus ergeben, ganz falsch angepackt.

Natürlich war uns auch damals bewußt, daß es nicht einfach darum gehen konnte, z.B. die Erfül-

lung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens zu fordern, ohne die seitdem stattgefundene jahrzehntelange Geschichte der Sabotage des Potsdamer Abkommens und der Verweigerung eines Friedensvertrages durch den westdeutschen Imperialismus, die Entstehung und Entwicklung der DDR seitdem, eben die durch die Nachkriegsgeschichte entstandene Lage in Rechnung stellen.

Doch dies wurde von uns so gewendet, als wäre der Kampf für die staatliche Souveränität Deutschlands - mit unterschiedlichen Bedingungen in Westdeutschland, Westberlin und der DDR - eine notwendige Aufgabenstellung, die der proletarischen Revolution in den genannten drei Teilen Deutschlands voranzugehen hätte.

Dies heißt nichts anderes, als einen "Kampf für nationale Unabhängigkeit" - ganz im Rahmen der "Supermächte-Theorie" - zu fordern, der die "Einheit Deutschlands" und die Beendigung des alliierten Status zu beinhalten hätte, eine Aufgabenstellung, die so aufgeworfen nur auf eine Stärkung der "eigenen" Imperialisten hätte hinauslaufen können.

Dieser Versuch, einen eigenständigen Kampf für die "Souveränität des deutschen Volkes" - gegen alle Einschränkungen der staatlichen Souveränität Deutschlands als Ganzes - zu konstruieren, findet auch in Haltung des WBK Nr. 2 zur Wiedervereinigung der drei Teile Deutschlands ihren Ausdruck.

Wie oben bereits zitiert, wird im Vorwort als Aufgabe ein "Kampf für die friedliche, nichtrevanchistische Wiedervereinigung" formuliert. Die entscheidende Vorbedingung für eine "friedliche nichtrevanchistische Wiedervereinigung", die Errichtung der Diktatur des Proletariats in Westdeutschland, Westberlin und der DDR als den damaligen drei Bestandteilen der deutschen Nation, fehlt hier! Diese Position des Vorworts fällt hinter die Linie des WBK Nr. 1 zurück, wo wir zumindest dies als unerläßliche Bedingung festgeschrieben hatten.

Dennoch war es überhaupt fehl am Platz, von einem Kampf für Wiedervereinigung zu sprechen, wie es der WBK Nr. 1 mit der Parole "... Kampf für ein sozialistisches vereintes Deutschland" (siehe "Selbstkritik", WBK Nr. 26, S. 35) getan hat.

Ein weiteres Beispiel dafür, wie sehr sich das Vorwort zur WBK Nr. 2 in opportunistische und sozialchauvinistische Konstruktionen verstrickt hat, war die Verwendung der Formel "Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes" (S. IV) in diesem Zusammenhang. Anhand dieser Losung hätte uns eigentlich deutlich werden müssen, wie die westdeutschen Imperialisten die Frage der Souveränität - für sie die Frage der Einverleibung der DDR und Westberlins und der Erlangung voller Bewegungsfreiheit als imperialistische Großmacht - als Propagandamunition für die Stärkung ihres Großmachtstrebens und insbesondere auch ihres Revanchismus benutzt haben. Nicht der Versuch, hier Aufgabenstellungen nach der Art eines "Kampfes für die Souveränität des deutschen Volkes" zu formulieren wäre erforderlich gewesen, sondern schärfste Abgrenzung.

Dieser auf jeden Fall zurückzuweisenden Position des Vorworts zugute halten müssen wir noch, daß ausdrücklich als Kriterium bestimmt wurde, daß ein solcher "Kampf für die Souveränität des deutschen Volkes" sich weder gegen die Interessen der anderen europäischen Völker, der vom deutschen Faschismus überfallenen Völker richten noch diese auch nur acht lassen dürfe, wie am Ende der oben zitierten Passage festgestellt wird.

Ebenso muß festgehalten werden, daß es richtig war, die Forderung nach dem Abschluß eines Friedensvertrages nicht als hilflos anzusehen, sondern herauszustellen, daß diese Frage von den westdeutschen Imperialisten nach dem Bruch des Potsdamer Abkommens provokativ offengehalten wurde. Dies war ein wichtiger Punkt der Entlarvung der Anstrengungen des westdeutschen Imperialismus, als Nachfolger des deutschen Faschismus aus der Niederlage des Zweiten Weltkrieges herauszukommen und dabei die Interessen der von Hitlers Armeen überfallenen Völker mit Füßen zu treten.

Die Forderung nach dem Abschluß eines Friedensvertrages hat auch heute weiter ihre Berechtigung bei der Entlarvung des west/deutschen Imperialismus und seiner historischen Kontinuität.

Ein Friedensvertrag mit Deutschland, ein legitimes Anliegen aller vom deutschen Faschismus mit Krieg überzogenen Völker, wird von seinen Nachfolgern bis heute verweigert. Der sog. 2 + 4 - Vertrag, der die Beendigung der aus dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition hervorgegangenen Rechte der ehemaligen Alliierten festlegt, ist ausdrücklich kein Friedensvertrag. Somit bleiben insbesondere berechnete Reparationsforderungen für die vom deutschen Faschismus begangenen unzähligen Verbrechen und Zerstörungen und Entschädigungen für die Millionen von ihm gnadenlos ausgebeuteten Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen nach wie vor unerfüllt.